

position

The logo of the DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) is located in the top right corner. It consists of a red parallelogram with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font.

Nach Einigung mit Griechenland:

**Spielräume nutzen
Investitionen fördern
Armut bekämpfen**

Bewertung der Erklärung des Euro-Gipfels vom 12./13. Juli 2015

Impressum

Herausgeber:

DGB Bundesvorstand

Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

www.dgb.de

verantwortlich:

Stefan Körzell, Vorstandsbereich 03

erarbeitet von:

Dr. Mehrdad Payandeh, Florian Moritz

Redaktion:

Dr. Mehrdad Payandeh, Florian Moritz

Layout:

Fotos | Abbildungen | Grafiken: DGB

Stand: August 2015

Fragen an:

Carina Ortmann

030-2 40 60 727

carina.ortmann@dgb.de

Hinweis:

Diese Broschüre können Sie kostenlos downloaden über den Online-Bestellservice:

www.dgb-bestellservice.de

Bestellungen für Besteller/-innen ohne Zugang zum Internet bitte nur schriftlich an:

PrintNetwork pn GmbH · Stralauer Platz 33 – 34 · 10243 Berlin

Vorwort



Europa kommt auch im Jahr 2015 nicht aus den Schlagzeilen. Griechenland ist zum Synonym für eine gescheiterte Politik in Europa geworden. Eine junge politische Sammelbewegung um den Ministerpräsidenten Tsipras stellte sich seit Januar gegen die bisherige Krisentherapie aus Sparen, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen und versuchte, Gläubiger von ihrem bisherigen Kurs abzubringen. Griechenland sei das beste Beispiel, dass dieser Kurs nicht funktioniert. Das sah die ehemalige Troika aus der Europäischen Kommission, der Europäische Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht ein. Doch das Land hatte faktisch keine Chance gegen diese Gläubiger. Wochenlang führten beide Seiten zähe Verhandlungen und nach der politischen Achterbahnfahrt einigten sie sich schließlich auf eine Erklärung des Euro-Gipfels vom 12./13. Juli 2015. Am Ende haben die Gläubiger und die griechische Regierung einen groben Plan für die nächsten drei Jahre unterschrieben.

Wie schon bei früheren Verhandlungen wurde allenfalls Zeit gewonnen und kurzfristig Schlimmeres verhindert. Griechenlands Banken werden jetzt wieder Liquidität bekommen und können wieder ihre Geschäfte öffnen, die griechische Regierung bekommt Überbrückungsgelder und später wohl erneute Hilfskredite, um einen Zahlungsausfall zu stoppen. Vor allem wurde ein unmittelbares Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone (Grexit) noch einmal abgewendet. Ein Grexit hätte eine deutlich schwächere, neue griechische Währung geschaffen, mit der Löhne, Renten und Sozialtransfers beglichen worden wären. Das hätte Massenarmut und die humanitäre Katastrophe von einem Tag auf den anderen deutlich vergrößert. Griechenland ist eine zu kleine Volkswirtschaft, um sich autark zu versorgen, Importe wären nach einem Grexit aber deutlich verteuert und erschwert worden. Auch die Eurozone hätte bei einem Grexit Auflösungserscheinungen zu verzeichnen gehabt. Es ist gut, dass es nicht soweit kam.

Dennoch löst der neue Plan langfristig keine zentralen Probleme des Landes. Ganz im Gegenteil: Der verschärfte Kürzungskurs wird die griechische Wirtschaft weiter abwürgen, wenn nicht bald gegengesteuert wird. Das Land braucht dringend eine Investitionsoffensive. Denn Investitionen sind Dreh- und Angelpunkt für eine langfristige Wachstums- und Modernisierungsstrategie, um damit Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Wohlstand von morgen zu erschließen und vor allem zu verhindern, dass aus der heutigen Jugend eine verlorene Generation wird.

Die vorliegende Publikation befasst sich mit der jüngsten Einigung mit Griechenland vor dem Hintergrund der makroökonomischen Eckdaten und der bisherigen Auseinandersetzungen bis zur Einigung vom 12./13. Juli 2015.

Spielräume nutzen, Investitionen fördern, Armut bekämpfen

Europa steht nach Wochen der politischen Achterbahnfahrt um die Krise in Griechenland vor einem Scherbenhaufen. Auch wenn am Ende die Gläubiger und die griechische Regierung einen groben Plan für die nächsten drei Jahre unterschrieben haben: Europas Ansehen wurde massiv beschädigt. Vor allem die harte und unnachgiebige Haltung der Bundesregierung und ihr diplomatisches Ungeschick haben Deutschland außenpolitisch nahezu isoliert. Weltweit wird zu Recht Kritik an der gescheiterten Austeritätspolitik, die Deutschland in Europa durchdrückt, laut.

Der griechische Ministerpräsident Tsipras ist jetzt in einer schwierigen Lage. Binnen kürzester Zeit muss er Austeritäts- und Kürzungsmaßnahmen durchboxen, damit die Voraussetzungen für Verhandlungen über ein drittes Hilfsprogramme gegeben sind. Die ersten entsprechenden Maßnahmen haben das griechische Parlament bereits passiert, die Eurogruppe hat bereits Zustimmung für die Verhandlungen zu einem neuen Griechenland-Programm signalisiert.

Das Ergebnis des Euro-Gipfels vom Montag hat mit einer fairen und nachhaltig tragfähigen Politik nichts zu tun. Gleichwohl muss nun mit dem Ergebnis gearbeitet werden.

Die Erklärung des Euro-Gipfels birgt Chancen...

- Das wichtigste Ergebnis des Euro-Gipfels ist, dass der Grexit zunächst verhindert wurde. Ein Grexit wäre die weit schlechtere Alternative gewesen. Er hätte Griechenland in eine Volkswirtschaft mit zwei Währungen verwandelt. Während der Euro nach wie vor den Vermögensmarkt dominiert hätte, hätte die deutlich schwächere neue griechische Währung den Arbeitsmarkt (Löhne, Renten, Sozialtransfers) bestimmt. Das hätte Massenarmut und die humanitäre Katastrophe von einem Tag auf den anderen noch deutlich vergrößert. Griechenland ist eine zu kleine Volkswirtschaft, um sich autark zu versorgen. Das Land ist auf Importe angewiesen. Nach einem Grexit hätte es Griechenland ohne Devisen (Euro) wesentlich schwerer gehabt, sich mit Einfuhren zu versorgen. Griechenland hätte sich über Nacht in ein Entwicklungsland verwandelt - mitten in Europa. Auch die Eurozone hätte es in ihrer Konstruktion als eine unumkehrbare monetäre Ordnung nicht mehr gegeben. Denn das Signal des Grexit wäre gewesen: Ein Austritt kann sich jederzeit wiederholen. Die Eurozone wäre verkommen zum einem System fester Wechselkurse. Von der Verhinderung eines kurzfristigen Grexit profitieren also alle. Vor allem die griechische Bevölkerung.
- Auch ein direkter Kollaps des Bankensystems in Griechenland wurde zunächst abgewendet. Die EZB hat die ELA-Nothilfen für griechische Banken einen Tag nach der Zustimmung des griechischen Parlaments, also am heutigen 16. Juli 2015, kurzfristig leicht angehoben. Gleichzeitig haben die EU-

Finanzminister grünes Licht für eine Brückenfinanzierung bis Mitte August gegeben. Dabei soll Athen rund 7 Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds EFSM erhalten.

- Gut ist, dass es beim geplanten Programm nicht mehr um die zunächst diskutierten Kredite in Höhe von 15,5 Milliarden Euro für fünf Monate, sondern um eine Finanzierung für drei Jahre in Höhe von 82 bis 86 Milliarden Euro gehen soll. Wenn das Programm so kommt, könnte Griechenland für drei Jahre von der Bedrohung eines akuten Zahlungsausfalls verschont bleiben, was auch der Regierung den Einsatz von viel Zeit und Energie ersparen würde. Allerdings wird es auch bei diesem Programm eine laufende Evaluierung geben, an deren Erfolg die Auszahlung der Tranchen hängt. Diese Evaluierung kann erneut zu Situationen wie in den vergangenen Wochen führen. Um das zu vermeiden, müssen die Populisten auf Seiten der Gläubiger im Zaum gehalten, die Maßstäbe zur Evaluierung flexibel gestaltet werden.
- Es ist gut, dass die Erklärung des Euro-Gipfels, die Notwendigkeit der Förderung von Investitionen in Griechenland benennt – genau wie die drei Tage später erschienene Kommissions-Mitteilung „Ein Neustart für Arbeitsplätze und Wachstum in Griechenland“ ebenfalls. Allerdings kommt es hier auf die konkrete Umsetzung an: Um insgesamt eine positive konjunkturelle Wirkung zu entfalten, müssten die Investitionsimpulse nicht nur größer ausfallen, als in den vergangenen Jahren, sie müssten zudem zusätzlich die negative Wirkung der neuen Austeritäts- und Kürzungsmaßnahmen überkompensieren.

...aber auch massive Risiken

- Das Schlimme ist, dass der Beschluss vom Montag die grundlegenden Probleme Griechenlands nicht löst, sondern allenfalls kurzfristig überbrückt. Zum einen ist der Beschluss keine politische „Eini-gung“ mit der beide Seiten zufrieden sind: Tsipras hat mehrfach betont, dass er nicht hinter dem Inhalt der Erklärung steht, sondern nur unter Druck unterschrieben hat. Die griechische Bevölkerung hat den Inhalt des Beschlusses - Fortsetzung der Austeritätspolitik - eine Woche zuvor mit einer Mehrheit von mehr als 61 Prozent im Referendum abgelehnt. Sie wird durch weitere soziale Einschnitte jetzt erneut massiv belastet. So (und durch die Art und Weise des Zustandekommens, s.o.) kann das Ergebnis keine Stabilität schaffen, sondern wird stattdessen eine antieuropäische Stimmung stärken und politische Unsicherheit in Griechenland verschärfen.
- Zum anderen werden – wenn man die Erfahrung der letzten Jahre berücksichtigt – ökonomische Risiken eines solchen Beschlusses groß sein. Die Entwicklung der vergangenen Jahre würde dadurch fortgesetzt: Ein verschärfter Spar- und Kürzungskurs würde die Wirtschaft noch weiter abwürgen, bzw. eine Erholung verhindern. Die Schuldenquote würde nicht abgebaut (wenn es keine deutliche

Umstrukturierung der Schulden gibt). Insgesamt ist es damit nicht ausgeschlossen, dass Griechenland bald wieder vor der Frage steht: weitere Hilfen aus den EU-Mitteln oder Grexit - wenn die Spielräume der Gipfelerklärung nicht voll genutzt werden und massiv gegengesteuert wird.

- Die Gipfelerklärung setzt auf eine Fortführung und Intensivierung der gescheiterten Austeritäts- und Kürzungspolitik; das ist auch die Botschaft an den Rest Europas: Es werden ab sofort hohe Primärüberschüsse und Kürzungen im griechischen Haushalt gefordert, also eine direkt restriktive Fiskalpolitik. Beunruhigend ist, dass die Gipfelerklärung (nach dem Motto „jetzt erst Recht“) explizit eine Verschärfung gegenüber den noch vor kurzem diskutierten Kürzungsaufgaben verlangt. Das muss in jedem Fall verhindert werden. Die bislang bekannten Sparvorgaben könnten der Volkswirtschaft im kommenden Jahr direkt rund 6,5 Milliarden Euro entziehen. Das kann so eine kleine Volkswirtschaft nicht ohne weiteres überstehen. Das verfügbare Einkommen von Rentnern (auch und gerade von ärmeren) wird weiter dezimiert, die Kaufkraft durch Mehrwertsteuererhöhungen gesenkt etc.
- Hinsichtlich der dringend notwendigen Wiederherstellung von in den letzten Jahren abgebauten Arbeitnehmerrechten ist der Wortlaut der Erklärung absolut unzureichend, bleibt aber zumindest so unkonkret, dass den zu erwartenden Stimmen neoliberaler Hardliner unter den Gläubigern argumentativ begegnet werden kann.

Was jetzt passieren muss

- Angesichts dessen, dass eine Umkehr zu einer zukunftsfähigen und sinnvollen Anti-Krisenpolitik am Wochenende nicht gelungen ist, müssen die Formulierungen der Gipfelerklärung jetzt so interpretiert und umgesetzt werden, dass der Schaden möglichst gering und der Nutzen möglichst hoch ausfällt.
- Das heißt: Die in der Erklärung des Euro-Gipfels angekündigten 35 Milliarden Euro zur Konjunktur- stabilisierung, die Griechenland ohnehin aus EU-Fördertöpfen zustehen, müssen schnell abgerufen und sofort in die Realwirtschaft fließen. Die Pflicht zur Kofinanzierung, die Griechenland in der Vergangenheit zum Teil das Abrufen der Mittel erschwert hat, muss komplett ausgesetzt werden, bis sich die Haushaltslage des Landes stabilisiert hat. Der bereits angekündigte Schritt, die Mittel aus der vergangenen Periode ohne Kofinanzierung zugänglich zu machen, kann nur ein erster Schritt dazu sein. Ein großes Problem ist, dass diese Fördermittel, die Griechenland für die laufende Förderperiode zustehen insgesamt geringer sind, als die der vergangenen Förderperiode. Das heißt: Die Konjunktur- impulse dieser Mittel fallen ohnehin geringer aus, als in der letzten Förderperiode, die in der Gipfel- erklärung genannte Summe kann damit keinen Beitrag leisten, die negativen fiskalpolitischen Effekte

der Austeritäts- und Kürzungspolitik zu kompensieren.¹ Es braucht daher umfangreiche zusätzliche Mittel und zusätzliche Maßnahmen, wie öffentlich-rechtliche Beschäftigungsgesellschaften, die im Rahmen der Verhandlungen um ein neues Griechenland-Programm konkretisiert werden müssen:

- Die aufgestockten Gelder müssen in ein Konjunkturprogramm fließen, das die Nachfrage direkt ankurbelt: Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz würden unmittelbar Jobs und Einkommen schaffen und Griechenland langfristig modernisieren. Brennstoffimporte, die rund die Hälfte der griechischen Einfuhren ausmachen, könnten so massiv reduziert und die Defizite im Außenhandel abgebaut werden. Dringend notwendig sind zusätzliche Mittel für Krankenhausmodernisierung und -personal. Auch ein Sofortprogramm gegen die Jugendarbeitslosigkeit und zusätzliche Investitionen im Bereich Tourismus gehören dazu.
- Der radikale Abbau von Arbeitnehmerrechten der vergangenen Jahre muss rückgängig gemacht werden. Sie hat nicht zu Wachstum, sondern zu Armut und Ungerechtigkeit geführt. Wenn die Vereinbarung zwischen den Gläubigern und Griechenland jetzt eine ‚Überprüfung und Modernisierung der Verfahren für Tarifverhandlungen‘ fordert, dann kann das nur heißen, dass entsprechende Systeme wieder hergestellt werden. Das Recht auf Tarifverhandlungen muss in vollem Umfang wieder gelten und EU-rechtskonform gestaltet sein. Flächentarifverträge müssen gefördert werden. Angesichts der griechischen Rekordarbeitslosigkeit dürfen die Rechte der Arbeitnehmer keinesfalls weiter untergraben und Massenentlassungen nicht weiter erleichtert werden.

Einzelbewertung der Eckpunkte der Erklärung vom 12./13. Juli 2015

Die Erklärung des Euro-Gipfels vom 12./13. Juli setzt lediglich den Rahmen und bildet damit die Voraussetzung für eine mögliche künftige Vereinbarung über ein neues ESM-Programm. Von Griechenland, das um eine Finanzhilfe durch den ESM ersucht, wird erwartet, dass das Land ein ähnliches Ersuchen an den IWF richtet. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die Euro-Gruppe einem neuen ESM-Programm zustimmt.

Die griechische Regierung hat sich verpflichtet, unverzüglich die Rechtsvorschriften für ein erstes Maßnahmenpaket zu erlassen. Diese Maßnahmen, die mit den Institutionen im Vorhinein vollständig abzustimmen sind, umfassen:

¹ <http://www.weitwinkelsubjektiv.com/2015/07/19/investitionsmaerchen-der-eu/>

Bis zum 15. Juli 2015

- die Straffung des Mehrwertsteuersystems und die Ausweitung der Steuerbemessungs-grundlage, um die Einnahmen zu erhöhen;

Bewertung:

Die detaillierte Umsetzung ist im Gipfelbeschluss nicht geregelt. In jedem Fall soll es zu massiven weiteren Mehrwertsteuererhöhungen kommen (i.d.R. auf 23%), die die stark dezimierte Kaufkraft der Griechen weiter schmälern und die Konjunktur weiter bremsen werden. Grundsätzlich entspricht die Maßnahme dem falschen Ziel der EU-Kommission, Staatseinnahmen verstärkt von i.d.R. progressiv gestalteten direkten Steuern hin zu konsumschädigenden und ungerechten indirekten Steuern umzubauen. Zuletzt war bei diesem Punkt umstritten, inwieweit Maßnahmen verzögert und verhindert werden dürfen, die sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Tourismuswirtschaft auswirken könnten.

- sofortige Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit des Rentensystems als Teil eines umfassenden Programms zur Rentenreform;

Bewertung:

Damit wird die sofortige Einführung der Rente mit 67 gemeint sein, die der DGB auch in Deutschland schon für falsch gehalten hat und der Stopp von Frühverrentungen. Ggf. betrifft das auch die sofortige Einleitung der Abschaffung der Solidaritätszuschüsse (EKAS), was besonders arme Rentenerp-fänger trifft. Bzgl. weitergehenden Rentenreformen, siehe unten.

- die Sicherstellung der vollen rechtlichen Unabhängigkeit des griechischen statistischen Amtes ELSTAT;

Bewertung:

Eine sinnvolle Maßnahme, von der aber dürften keine kurzfristigen Auswirkungen auf die Konjunktur zu erwarten sein.

- die vollständige Umsetzung der maßgeblichen Bestimmungen des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, indem insbesondere dafür gesorgt wird,

dass der Fiskalrat vor Fertigstellung der Vereinbarung seine Tätigkeit aufnehmen kann und indem bei Abweichungen von ehrgeizigen Primärüberschusszielen nach Konsultation des Fiskalrates und vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der Institutionen quasi-automatische Ausgabenkürzungen eingeführt werden;

Bewertung:

Das bedeutet eine weitergehende Institutionalisierung der schädlichen Austerität. Eine prozyklische Fiskalpolitik wird dadurch institutionalisiert, dass automatisch Ausgabenkürzungen folgen, wenn die ab sofort geforderten hohen Haushaltsüberschüsse (ohne Zinszahlungen) etwa aufgrund schlechterer konjunktureller Entwicklung niedriger ausfallen.

bis zum 22. Juli 2015

- die Annahme der Zivilprozessordnung, wobei es sich um eine grundlegende Revision der Verfahren und Regelungen für das Zivilrechtssystem handelt, die eine Beschleunigung der Gerichtsverfahren und Kostensenkungen in erheblichem Maße ermöglicht;

Bewertung:

Dies könnte sinnvoll sein, muss im Einzelnen juristisch geprüft werden.

- die Umsetzung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten mit Unterstützung der Europäischen Kommission.

Bewertung:

Das scheint unproblematisch, die Umsetzung hätte ohnehin angestanden.

Erst im Anschluss an die rechtliche Umsetzung der ersten vier der obengenannten Maßnahmen sowie an die Billigung aller in diesem Dokument enthaltenen Verpflichtungen durch das griechische Parlament, überprüft durch die Institutionen und die Euro-Gruppe, kann unverzüglich der Beschluss gefasst werden, die Institutionen mit der Aushandlung einer Vereinbarung zu beauftragen. Dieser Beschluss würde unter dem Vorbehalt gefasst, dass die nationalen Verfahren abgeschlossen sind und die Voraussetzungen nach Artikel 13 des ESM-Vertrags auf der Grundlage der in Artikel 13 Absatz 1 genannten Bewertung erfüllt sind.

Damit sie die Grundlage für einen erfolgreichen Abschluss der Vereinbarung bilden können, verlangt die Erklärung des Euro-Gipfels von der griechischen Regierung die von Griechenland vorgeschlagenen Reformmaßnahmen erheblich auszuweiten und diese mit einem ausreichend klaren Zeitplan für den Erlass von Rechtsvorschriften und deren Umsetzung einschließlich Strukturindikatoren, Etappenzielen und quantitativen Benchmarks zu unterlegen, so dass Klarheit über die mittelfristige Ausrichtung der Politik besteht. Insbesondere müssen im Einvernehmen mit den Institutionen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Durchführung ehrgeiziger Reformen des Rentensystems und Festlegung politischer Maßnahmen, um die Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichts zu der Rentenreform von 2012 auf den Haushalt vollständig auszugleichen und die Klausel über ein Nulldefizit oder einvernehmlich vereinbarte alternative Maßnahmen bis Oktober 2015 umzusetzen;

Bewertung:

Zusätzlich zu den o.g. Sofortmaßnahmen dürfte das unter anderem die Erhöhung der Beiträge zur Gesundheitsversorgung für Rentner um durchschnittlich zwei Prozentpunkte beinhalten, was einer weiteren Rentenkürzung entspricht. Vielleicht begnügen sich die Gläubiger aber noch nicht mal mehr mit dieser Maßnahme, zumal sie mittlerweile Nachbesserungen und eine „erhebliche Ausweitung“ der von Griechenland vorgeschlagenen Reformmaßnahmen fordern.

- Verabschiedung ehrgeizigerer Produktmarktreflexen zusammen mit einem klaren Zeitplan für die Durchführung sämtlicher im Rahmen des OECD-Instrumentariums (Teil I) ausgesprochener Empfehlungen, unter anderem zu verkaufsoffenen Sonntagen, Schlussverkaufsperioden, Eigentum an Apotheken, Milch und Bäckereien, mit Ausnahme nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel, die in einem nächsten Schritt umgesetzt werden, sowie zur Öffnung von makroökonomisch relevanten geschlossenen Berufen (z.B. Fährbetrieb). Im Rahmen der Folgemaßnahmen zu dem OECD-Instrumentarium (Teil II) ist die Produktion in die vorbereitenden Maßnahmen aufzunehmen;

Bewertung:

- Das sind klassische neoliberale Deregulierungen, von denen keine positiven Wirkungen für die Wirtschaftsentwicklung, aber negative Auswirkungen für die Arbeitnehmer zu erwarten sind: Sie zielen beispielsweise offensichtlich auf verstärkte Sonntagsarbeit, eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten und die Liberalisierung geschützter Dienstleistungsbereichen Bezug auf die Energiemärkte Privatisie-

zung des Stromübertragungsnetzbetreibers (ADMIE), es sei denn, im Benehmen mit den Institutionen können Ersatzmaßnahmen mit gleichwertiger Wirkung auf den Wettbewerb ermittelt werden;

Bewertung:

Privatisierung ist kein Selbstzweck. Eine Privatisierung des Übertragungsnetzbetreibers (oder der anderweitige Versuch Wettbewerb herzustellen) ist erst dann sinnvoll, wenn sie mit Modernisierung und Investitionen in Netzausbau sowie mit Beschäftigungserhalt bzw. -ausbau einhergehen würde.

- auf den Arbeitsmärkten eine tiefgreifende Überprüfung und Modernisierung der Verfahren für Tarifverhandlungen, Arbeitskampfmaßnahmen und, im Einklang mit den einschlägigen Richtlinien und bewährten Verfahren der EU, Massenentlassungen nach dem mit den Institutionen vereinbarten Zeitplan und Ansatz. Auf der Grundlage dieser Überprüfungen sollte die Arbeitsmarktpolitik an bewährte internationale und europäische Verfahren angepasst werden und nicht zu einer Rückkehr zur bisherigen Politikgestaltung führen, die mit den Zielen der Förderung eines nachhaltigen und integrativen Wachstums nicht vereinbar ist;

Bewertung:

Massenentlassungen sollen vereinfacht werden, was grundsätzlich falsch ist. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes hat keine positiven Beschäftigungseffekte. Die Empirie widerlegt die theoretischen Argumente, der Kündigungsschutz würde Unternehmen von Neueinstellungen abhalten.

Die anderen Aussagen bleiben unkonkret. Angesichts der Zerstörung von Tarifsyste men und Arbeitnehmerrechten in den vergangenen Jahren, kann eine „Überprüfung und Modernisierung der Verfahren für Tarifverhandlungen, Arbeitskampfmaßnahmen“ eigentlich sinnvollerweise nur bedeuten, dass die kontraproduktiven Reformen der letzten Zeit rückgängig gemacht werden, das insbesondere den Gewerkschaften wieder ausschließliche Rechte zum Abschluss von Tarifverträgen zugesprochen werden und Flächentarifverträge im Gegensatz zu betrieblichen Vereinbarungen wieder gestärkt werden. Einer solchen positiven Interpretation des Abschnitts steht entgegen, dass eine „Rückkehr zur bisherigen Politikgestaltung“ im Text explizit ausgeschlossen wird und dass die ILO, die laut der früheren Version der Vereinbarung noch in die Überprüfung einbezogen werden sollte, im jetzigen Text nicht mehr auftaucht. Die Troika-Institutionen selbst haben zudem bislang immer klar gemacht, dass sie als „wachstumsfördernde“ Arbeitsmarktrefor men solche ansehen, die dezentrale Tarifvertragsstrukturen auf Kosten von Flächentarifverträgen und eine generell schwächere Verhandlungsmacht der Gewerkschaften befördern.

- Annahme der erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsektors einschließlich entschlossener Maßnahmen in Bezug auf notleidende Kredite und Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerung

des HFSF und der Banken, vor allem durch die Beseitigung sämtlicher Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme, insbesondere bei Ernennungsverfahren.

Bewertung:

Hintergrund letzterer Forderung bleibt unklar.

Darüber hinaus ergreift die griechische Regierung die folgenden Maßnahmen:

- Ausarbeitung eines deutlich nachgebesserten Programms für die Privatisierung mit verbesserter Steuerung; Transfer von hohen griechischen Vermögenswerten an einen unabhängigen Fonds, der die Vermögenswerte durch Privatisierungen und andere Wege monetarisiert. Die Monetarisierung der Vermögenswerte wird eine Quelle für die vereinbarte Rückzahlung des neuen ESM-Darlehens sein und soll während der Laufzeit des neuen Darlehens einen angestrebten Gesamtwert in Höhe von 50 Mrd. EUR erzielen, wovon 25 Mrd. EUR für die Rückzahlung der Rekapitalisierung von Banken und anderen Vermögenswerten verwendet werden und 50 % jedes verbleibenden Euro (d.h. 50 % von 25 Mrd. EUR) für die Verringerung der Schuldenquote und die übrigen 50 % für Investitionen genutzt werden.

Dieser Fonds würde in Griechenland eingerichtet und von den griechischen Behörden unter Aufsicht der maßgeblichen europäischen Organe und Einrichtungen verwaltet werden. In Abstimmung mit den Institutionen und aufbauend auf bewährten internationalen Verfahren sollte ein Rechtsrahmen angenommen werden, um gemäß den Grundsätzen und Standards der OECD in Bezug auf die Verwaltung staatseigener Unternehmen transparente Verfahren und eine angemessene Preisbildung für die Veräußerung von Vermögenswerten sicherzustellen;

Bewertung:

Das Verscherbeln von Tafelsilber zur Bedienung der Gläubiger ist nicht sinnvoll. Obwohl die Grundsätze der OECD und die Laufzeit des ESM-Darlehens zugrunde gelegt werden sollen, ist zu befürchten, dass die öffentlichen Güter unter Wert veräußert werden müssen. Ohnehin kann eine solche Privatisierung den Staat mittelfristig teurer kommen, weil zur Nutzung der entsprechenden Güter Gebühren anfallen oder ähnliches. Unklar bleibt nach wie vor, wie die Höhe von 50 Milliarden Euro erreicht werden soll. „Experten“ sollen vor Ort nach werthaltigen Gütern in entsprechendem Umfang suchen. Immerhin soll ein Teil der Privatisierungserlöse im Land verbleiben und für Investitionen eingesetzt werden dürfen.

- Modernisierung und deutliche Stärkung der griechischen Verwaltung im Einklang mit den Zielsetzungen der griechischen Regierung sowie – unter Federführung der Europäischen Kommission – die Einleitung eines Programms zum Aufbau von Kapazitäten und zur Entpolitisierung der griechischen Verwaltung. Ein erster Vorschlag sollte nach Beratungen mit den Institutionen bis zum 20. Juli 2015 vorgelegt werden. Die griechische Regierung verpflichtet sich, die Kosten der griechischen Verwaltung gemäß einem mit den Institutionen vereinbarten Zeitplan weiter zu senken;

Bewertung:

Dieser Absatz enthält z.T. sinnvolle Elemente.

- vollständige Normalisierung der Verfahren zur Arbeit mit den Institutionen einschließlich der erforderlichen Arbeiten vor Ort in Athen sowie Verbesserung der Programm-durchführung und -überwachung. Die Regierung muss die Institutionen zu sämtlichen Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird. Der Euro-Gipfel betont erneut, dass die Umsetzung von zentraler Bedeutung ist, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Absicht der griechischen Regierung, bis zum 20. Juli 2015 ein Hilfeersuchen um technische Unterstützung an die Institutionen und die Mitgliedstaaten zu richten, und er ersucht die Europäische Kommission, diese Unterstützung durch Europa zu koordinieren;

Bewertung:

Die detaillierte Beschreibung dieser Maßnahme muss als überhebliches Nachtreten gegenüber der griechischen Regierung gewertet werden, deren erklärtes Ziel es war, die illegitime Troika nicht mehr im Land zu dulden. Jetzt müssen die Arbeiten „vor Ort“ explizit wieder zugelassen werden. Zum anderen zielt die Maßnahme auf eine Aushebelung der Souveränität und der Demokratie in Griechenland: Sämtliche Gesetzesvorhaben (wohl auch Verordnungen) müssen mit der Troika aus (nicht gewählter) EZB, (nicht gewähltem) IWF und (allenfalls indirekt legitimer) EU-Kommission abgestimmt werden, bevor sie dem Parlament oder Öffentlichkeit vorgelegt werden. Das birgt zudem großen politischen Sprengstoff und arbeitet den antieuropäischen Populisten Europas in die Hände.

- Die griechische Regierung wird mit Ausnahme des Gesetzes über die humanitäre Krise die Rechtsvorschriften überprüfen, um die Rechtsvorschriften zu ändern, die im Widerspruch zu der Vereinbarung vom 20. Februar eingeführt wurden und Rückschritte gegenüber früheren Programmauflagen darstellen, oder sie wird klare Ausgleichsäquivalente für die erworbenen Rechte ermitteln, die im Nachhinein geschaffen wurden.

Bewertung:

Diese Maßnahme bezweckt, dass Maßnahmen, die der unsozialen und schädlichen Austeritäts- und Kürzungspolitik entgegenstehen, direkt wieder rückgängig gemacht werden. Eine Ausnahme für die ergriffenen humanitären Maßnahmen konnte die griechische Regierung offenbar immerhin durchsetzen.

Was bis zur Einigung geschah

Ausgangslage am Vorabend des Euro-Gipfels

Am Vorabend des Euro-Gipfels befand sich Griechenland in einer dramatischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation.

- Die politische Lage in Griechenland war geprägt vom Ergebnis des Referendums über frühere Kürzungs- und Austeritäts-Forderungen der Gläubiger: Knapp zwei Drittel der Wähler lehnten das neue Austeritäts-Programm ab und folgten damit dem Votum der Regierungspartei. Die Bevölkerung stärkte damit dem Ministerpräsidenten Tsipras den Rücken, erneut Verhandlungen mit den Gläubigern aufzunehmen um möglichst ohne weitgehende Sparauflagen in der Eurozone zu bleiben. Das Referendum zeigte auch, dass die griechische Opposition massiv angeschlagen ist. Für die Gläubiger aus EU, EZB und IWF war die Botschaft klar: Tsipras bleibt der einzig übrig gebliebene Verhandlungspartner für die Institutionen.

Bei den folgenden Verhandlungen stand damit ein gestärkter Tsipras mit dem Auftrag, Griechenland ohne weitere Austeritätspolitik in der Eurozone zu halten, Gläubigern gegenüber, die unter keinen Umständen bereit waren, die Kürzungspolitik aufzugeben. Vor allem Deutschland war sogar bereit, einen Grexit zu provozieren, um nicht von der bisherigen Politik abweichen zu müssen.

- Die Wirtschaftliche Lage in Griechenland ist seit langem in einem katastrophalen Zustand. Gegenüber der Vorkrisenzeit schrumpfte die griechische Wirtschaft um rund 26 Prozent, die Arbeitslosigkeit erreichte mit 27,5 Prozent Rekordstände, ganz zu schweigen von der Jugendarbeitslosigkeit von über

50 Prozent. Auch die Leistungsbilanz Griechenlands bleibt nach wie vor defizitär, was auf eine Finanzierungslücke gegenüber dem Ausland hinweist (siehe Abbildung). Die bisherige Politik aus Ausgabenkürzungen und Deregulierung des Arbeitsmarktes haben weder das Wachstum angekurbelt, noch zu mehr Jobs oder zu mehr Wettbewerbsfähigkeit geführt. Zwar scheint die Talsohle des Konjunkturtiefs erreicht zu sein, aber ohne Investitionen ist ein nachhaltiges Wachstum kaum denkbar. Darum braucht das Land dringend eine Investitionsoffensive, um Wachstumskräfte zu mobilisieren und für mehr Jobs und Einkommen zu sorgen.

Griechenland - Wirtschaftslage

%	2013	2014	2015	2016
BIP-Wachstum	-3,9	0,8	0,5	2,9
Arbeitslosenquote	27,5	26,5	25,6	23,2
Leistungsbilanzsaldo	-2,3	-2,2	-1,6	-1,3

Quelle: KOM-Frühjahrsprognose, Mai 2015; Annahme 2015 ff. weitere Programmumsetzung

- 2014: erstmalig Wachstum nach **BIP-Rückgang um 26%** (kumuliert).
- Nur Investitionen bringen nachhaltiges Wachstum.

- Die Haushaltslage Griechenlands ist zwar dank massiver Ausgabenkürzungen der vergangenen Jahre von Konsolidierungsfortschritten geprägt: 2014 verzeichnete das Land lediglich ein Haushaltsdefizit von 3,5 Prozent des BIP, 2013 waren es noch 12,3 Prozent. Vor allem zeigt der Primärüberschuss (Budgetsaldo ohne Zinslast) enorme Fortschritte. Dennoch bleibt die Staatsschuldenquote (Staatsverschuldung dividiert durch das BIP), auf einem sehr hohen Niveau, weil das BIP gegenüber der Vorkrisenzeit massiv geschrumpft ist (siehe Abbildung).

Griechenland - Haushaltslage

DGB

% BIP	2013	2014	2015	2016
Haushaltssaldo	-12,3	-3,5	-2,1	-2,2
Primärsaldo	-8,3	0,4	2,1	1,8
Verschuldung	175,0	177,1	180,2	173,5

Quelle: KOM-Frühjahrsprognose Mai 2015; Annahme 2015 ff. weitere Programmumsetzung

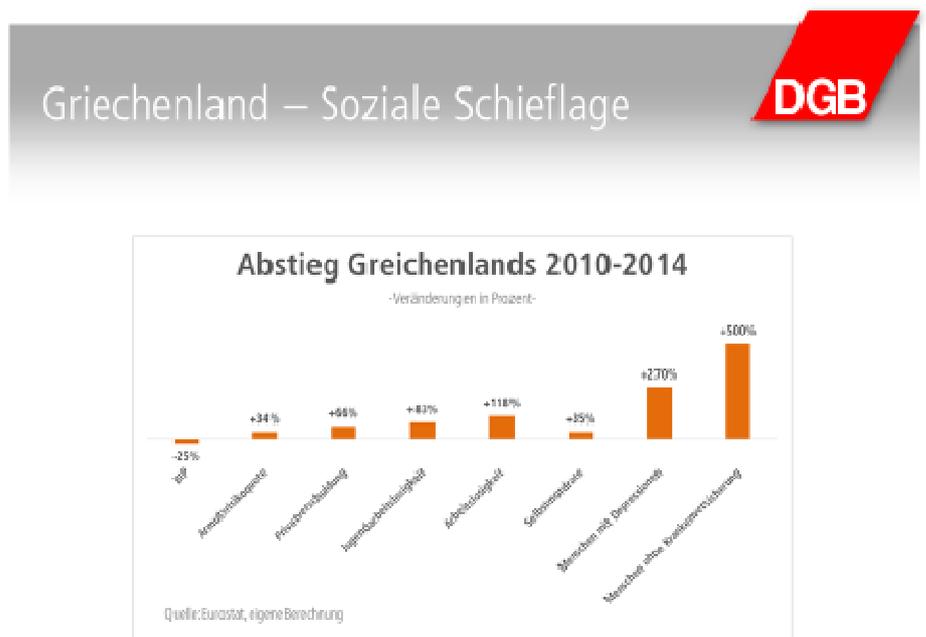
- Erhebliche Haushaltskonsolidierung:
 - 2014 geringer Primärüberschuss
 - 2009 Primärdefizit von 10,3%
- Aber: Hohe Verschuldungsquote, hauptsächlich weil das BIP um 26% geschrumpft ist

Am Vorabend der Verhandlungen stand das Bankensystem vor dem Zusammenbruch. Nachdem Sparer täglich ihre Einlagen von den Banken abgezogen wurde die Liquidität im Bankensystem knapp, die Versorgung lief lediglich über ELA-Notfall-Liquiditätshilfen der EZB. Als sich die EZB nach dem Referendum weigerte, den griechischen Banken noch mehr ELA-Kredite zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Bedingungen für den Erhalt der ELA-Kredite verschärfte, musste die griechische Regierung

- a. die Zuteilung der verfügbaren Liquidität limitieren, das Angebot an Bargeld am Automaten auf täglich 60 Euro begrenzen und die Banken vorübergehend schließen, sowie
- b. Kapitalverkehrskontrollen einführen, um einen Geldtransfer ins Ausland und damit eine weitere Liquiditätsverknappung zu verhindern. Das hat dem Außenhandel den Rest gegeben. Ohne Zahlungsverkehr konnten viele Unternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen.
- c. Der Elektronische Zahlungsverkehr kam vollständig zum Erliegen. Nur Barzahlungen (und womöglich Schuldverschreibungen der privaten Haushalte untereinander) haben den Handel mit Konsumgütern aufrechterhalten. Zwar war der Bestand der Bargeldhaltung dank Plünderung der Konten massiv angestiegen, aber dieses Geld wurde dosiert und sparsam ausgegeben, so-

dass die für das Wirtschaftswachstum so wichtigen Nachfrageimpulse noch weiter an Dynamik verloren. Diese Situation wäre nicht mehr viel länger tragbar gewesen. Früher oder später hätte die griechische Regierung alternative Zahlungsmittel parallel zum knapp gewordenen Euro einführen müssen. Das wäre faktisch der Anfang eines Grexit gewesen.

- Die soziale Schieflage verschärfte sich angesichts dieser wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Woche zwischen dem Referendum und der Einigung vom Wochenende noch weiter. Ohnehin leidet die Mehrheit der Griechen seit längerem massiv unter den Folgen der Sparpolitik. Denn die Austeritätspolitik führte in den letzten fünf Jahren zu einer wirtschaftlichen Depression und Massenarbeitslosigkeit, was – gekoppelt mit Sozial- und Lohnkürzungen – zu massiven sozialen Problemen geführt hat (siehe Grafik). Das bestätigen auch die Epidemiologen David Stuckler und Sanjay Basu in einer Studie, die aktuell in der Schriftenreihe (Bd. 1568) der Bundeszentrale für politische Bildung mit dem Titel „Sparprogramme töten – Die Ökonomisierung der Gesundheit“ erschienen ist. Darin haben beide Autoren die Auswirkungen von Einsparungen in Sozial- und Gesundheitswesen empirisch in Island und Griechenland untersucht und kommen zu beunruhigenden Ergebnissen. Sie plädieren deshalb für eine Abkehr von der Austeritätspolitik (siehe: <http://www.bpb.de/209051>).



- Unter diesen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen war die Verhandlungsposition der griechischen Regierung nicht einfach, weil im Falle eines Grexit die humanitäre Katastrophe noch größer geworden wäre. Spätestens zu dem Zeitpunkt, als das Non-Paper des Bundesfinanzministeriums Schwarz auf Weiß den Grexit als eine reale Option zur Diskussion gestellt und zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht hatte, wurde Tsipras klar, dass der Grexit nicht mehr nur Drohkulisse sondern eine – wenn auch absolut irrationale – ernst gemeinte Option ist.
- Frankreich hat die Integrationsrolle übernommen und als Garant für den Zusammenhalt der Eurozone fungiert. Während sich viele politische Kräfte längst mit einem Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone angefreundet hatten, haben französische Beamte der jungen griechischen Regierung bei der Formulierung der griechischen Reformvorschläge handwerkliche Hilfe geleistet. Diese Unterstützung hat erheblich dazu beigetragen, dass eine Einigung wieder in greifbare Nähe rückte. So hatten die Institutionen die griechischen Vorschläge positiv aufgenommen und eine Einigung auf dieser Grundlage für möglich gehalten. Nur Deutschland und seine Verbündeten fanden keine lobenden Wörter für die Vorschläge. Sie brachten hingegen in einem Non-Paper weitergehende Forderungen ins Gespräch und betonten die Notwendigkeit von Garantien, wie der Überführung des griechischen Staatseigentums in einen in Luxemburg angesiedelten Treuhandfonds, als Pfand für die Milliarden Kredite und ein drittes Hilfsprogramm.
- **Bundesfinanzminister Schäuble** hat mit seinem Non-Paper, in dem er einen vorübergehenden Grexit vorgeschlagen hat, die Eurozone als unumkehrbare monetäre Ordnung beschädigt. Denn damit wurde die Option des Ausstiegs aus der Eurozone auch für Zukunft amtlich. Zudem wurde das Non-Paper lediglich an die Länder, die Deutschland nahe stehen, wie baltische Staaten oder Finnland und Österreich geschickt. Unsere strategischen Partner in Europa, allen voran Frankreich, Italien oder Spanien, waren nicht informiert. Dieses diplomatische Ungeschick hat einen Riss in Europa hinterlassen.

Das griechische Referendum: Nein zur Austerität

- Bis zum 25. Juni konnte in mehreren Verhandlungsrunden kein Einvernehmen zwischen Griechenland und den Gläubigern über die von den „Institutionen“ (ehemalige Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF) geforderten Auflagen erzielt werden. Die griechische Regierung hatte deshalb ein Referendum über den Forderungskatalog der Troika vom 25. Juni organisiert. Die griechische Bevölkerung stimmte in diesem Referendum zu mehr als 61 Prozent mit „Nein“. Das Votum der Griechen war kein Votum gegen die Europäische Union und es war kein Votum gegen den Euro. Es war ein

„Nein“ zur Austeritätspolitik, die das Land in eine soziale, wirtschaftliche und politische Sackgasse geführt hat.

- Das Ergebnis des Referendums hat zeigt, dass dem griechischen Volk keine weiteren sozialen Einschnitte zuzumuten sind. Fakt ist aber auch, dass Syriza Wahlversprechen gemacht hat, die kaum zu halten waren. Auch die Verhandlungsführung und das Agieren der griechischen Regierung und insbesondere des Finanzministers, Yanis Varoufakis, war zum Teil undiplomatisch. In einem überraschenden Schritt trat Varoufakis nach dem gewonnenen Referendum allerdings zurück, was eigentlich eine gute Ausgangslage für die weiteren Verhandlungen schuf.
- Auch die „Institutionen“ (vormals Troika) hatten die Chancen für erfolgreiche Verhandlungen vor dem Referendum nicht genutzt (siehe folgende Abschnitte). Sie haben mit dem Argument, „Verträge sind einzuhalten“, stets rein juristisch argumentiert und eine Debatte über ökonomische Sinnhaftigkeit der Sparauflagen kategorisch abgelehnt.

Entwicklung bis zum Referendum

Vor dem Hintergrund der Befristung des zweiten Hilfskredit-Programms für Griechenland bis Ende Juni und des akuten Finanzbedarfs der griechischen Regierung wegen anstehender Kredit-Rückzahlungen (insb. an den IWF) hatten sich die Verhandlungen zwischen Griechenland und den Gläubigern um die Bedingungen zur Freigabe der letzten Tranche aus dem laufenden Programm wieder zugespitzt.

In mehreren Verhandlungsrunden konnte kein Einvernehmen über die von den „Institutionen“ (ehemalige Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF) geforderten Auflagen erzielt werden. Die griechische Regierung hatte deshalb ein Referendum über den Forderungskatalog der Troika vom 25. Juni organisiert. Die Bitte Athens, das Hilfskredit-Programm bis nach der Abstimmung zu verlängern wurde ausgeschlagen. Entsprechend hat Athen auch die am 30. Juni fällige Rückzahlung von 1,5 Milliarden Euro an den IWF nicht getätigt. Zinszahlungen an private Gläubiger wurden aber weiter durchgeführt.

Zuvor hatte es eine Annäherung gegeben. Insbesondere die griechische Regierung hatte dabei zahlreiche selbstgesetzte rote Linien überschritten. Die Troika-Institutionen reagierten jedoch uneinheitlich. Der Druck auf Griechenland wurde unter anderem dadurch noch verschärft, dass die EZB den Rahmen für die Notfall-Liquiditätshilfe (ELA) an griechische Banken bei etwa 89 Mrd. Euro eingefroren hat. Kapitalverkehrskontrollen wurden eingeführt. Die griechischen Banken geben nur noch 60 Euro pro Tag an Kunden aus.

Es war bereits zu diesem Zeitpunkt – vor dem Referendum - bemerkenswert, wie beharrlich die Gläubiger ihre Forderungen trotz der Risiken aufrechterhalten. Die Bundesregierung etwa lehnte Kompromisse ab und riskierte damit nicht nur nachhaltige Schäden für den Erhalt der Währungsunion, sondern auch direkt den Ausfall von Rückzahlungen Griechenlands an die Bundeskasse in Höhe von bis zu 60 bis 80 Milliarden Euro. Ein Grund für die fehlende Einigung dürften Uneinigheiten innerhalb der Gruppe der Gläubiger sein (s.u.). Angesichts der geringen verbliebenen Differenzen beim Streit um das Anpassungsprogramm kann als anderer Grund für die harte Haltung der Gläubiger auch vermutet werden, dass die Alternativlosigkeit der herrschenden Krisenpolitik in Europa zementiert, Alternativen in keinem Fall geduldet werden sollen.

Der Streitpunkt: Angebote der Troika und Griechenlands

In mehreren Verhandlungsrunden hatten sich Kreditgeber und Griechenland offenbar angenähert. In verschiedenen Kontexten wurde aber über Uneinigheiten innerhalb der Troika berichtet. So soll die EU-Kommission zunächst relativ positiv auf das Kompromissangebot Griechenlands reagiert haben, während der IWF weiter deutlich schärfere Kürzungsaufgaben durchsetzen wollte. Andererseits soll offenbar bereits ein Angebot ausformuliert gewesen sein, den Griechen den Schuldendienst durch längere Rückzahlungsfristen und ähnliches zu erleichtern, um die Schuldentragfähigkeit zu erhöhen (in diese Richtung gehen Forderungen Griechenlands nach Schuldenschnitt bzw. -restrukturierung). Dieses Angebot soll auf Drängen von Deutschland und anderen Eurogruppen-Mitgliedern wieder gestrichen worden sein. Das Angebot passt zu der am Donnerstag vorgelegten Schuldentragfähigkeitsanalyse des IWF, die exakt solche Maßnahmen für Notwendig erachtet. Für den IWF hat die Herstellung der Schuldentragfähigkeit eine hohe Bedeutung, weil seine Statuten diese als Voraussetzung für Unterstützungsmaßnahmen nennen. Laut Reuters sollen Euro-Staaten versucht haben, die Veröffentlichung der IWF-Analyse zu verhindern.

Die Liste mit von Griechenland durchzuführenden Reformen und Maßnahmen, in der Version, die bereits die Vorschläge Griechenlands enthielt, zeigt: Ursprünglich hatte Griechenland bereits eingelenkt und die Forderungen der Gläubiger weitgehend akzeptiert. Die griechische Regierung hatte dabei eigene rote Linien überschritten und beispielsweise grundsätzlich weitere Einsparungen im Rentensystem höhere Mehrwertsteuern akzeptiert.

Bezüglich der unterschiedlichen Sichtweisen im Detail kursieren verschiedene Versionen der Liste mit vorrangig zu erfüllenden Auflagen („prior actions“). Beispielsweise wollte Griechenland, angesichts der Bedeutung des Tourismus für die wirtschaftliche Erholung, offenbar nur einer Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 13 Prozent zustimmen, während die Troika auf 23 Prozent beharrte. Der griechische

Vorschlag, für 2015 eine zusätzliche Einmalsteuer von 12 Prozent auf Unternehmensgewinne von mehr als 500.000 Euro einzuführen, wurde von den Institutionen offenbar als wachstumshemmend abgelehnt. Die Zusatzrenten sollten nach Wunsch der Gläubiger auf ihrer gegenwärtigen Höhe bis 2021 eingefroren werden. Die Griechen lehnten das laut Spiegel ab und boten stattdessen u.a. an, die Arbeitgeberbeiträge wieder auf 3,9 Prozent anzuheben, was die Troika wiederum als kontraproduktiv abgelehnt haben soll.

Insgesamt bedeutete die Auflagenliste der Troika eine Fortführung und weitere Verschärfung der gescheiterten Austeritäts- und Kürzungspolitik. Sie enthielt faktische Rentenkürzungen und Mehrbelastungen für die Bevölkerung. Wirtschaftlich hätten die Maßnahmen kontraproduktiv gewirkt und das Wachstum weiter abgewürgt.

Bestellungen bitte über das DGB-Online-Bestellsystem:
<https://www.dgb-bestellservice.de>

Schriftliche Bestellungen NUR für Bestellerinnen/Besteller ohne Zugang zum Internet:
 PrintNetwork pn GmbH
 Stralauer Platz 33 – 34
 10243 Berlin



Regelmäßige Newsletter zur Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik „klartext“ und „standpunkt“ sind zu beziehen über:
<http://www.dgb.de/service/newsletter>

klartext

DGB

Nr. 27/2015 10. Juli 2015
 DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Griechenland: Es geht auch um unsere Zukunft

In der Weltwirtschaft rumort es wieder. In China ist der Markt der lössenswerten Unternehmen in drei Wochen um mehr als 3.000 Milliarden Dollar eingebrochen. Eigentlich müssten die Europäer jetzt die Vorteile einer stabilen Wirtschaft direkt vor der Haustür erkennen. Sie müssten den Wert der über Jahre errichteten Europäischen Union sehen – von Binnenmarkt, gemeinsamer Währung und entwickelten Institutionen. Doch das Gegenteil scheint der Fall: Das Ende der Hilfskredite für Griechenland und der Liquiditätshilfe für dortige Banken scheint nicht mehr nur Gedankenexperiment zu sein. Regierungsvertreter von EU-Ländern reden ernsthaft darüber, ein anderes EU-Land fallen zu lassen. Eine griechische Staatstople und ein Ausscheiden aus der Eurozone (Grexit) werden offen als Lösungen diskutiert. Was hieße das für Deutschland? Erstens, wären die bereits vergebenen Kredite futsch, wenn Griechenland zahlungsunfähig wird. Ca. 60 bis 80 Milliarden Euro stünden für den Bundeshaushalt auf dem Spiel. Zweitens, sind deutliche, negative Auswirkungen auf das Finanzsystem und die Realwirtschaft in Deutschland und anderen Euro-Ländern keineswegs ausgeschlossen. Drittens – und das ist der bedeutendste Punkt: Der langfristige politische Schaden für die Eurozone und die EU wäre kaum absehbar. Ein Grexit liefert das Signal, dass der Euro nicht unumkehrbar ist. Das Vertrauen in Sicherheit und Stabilität der Währung würde noch stärker beschädigt, die Unsicherheit weiter wachsen. Die Bundesanleihen hat zu Recht gesagt: „Sicherheit der Euro, dem scheitern Europa.“ Damit wäre nicht nur der mühsam erreichte und noch lange nicht zufriedenstellende Stand der politischen Einheit gefährdet. Auch die vielen wirtschaftlichen Vorteile der Wirtschafts- und Währungsunion werden von vielen offener als allzu selbstverständlich angesehen. Beispiele zur Erinnerung:

Es gibt keine Kosten durch Handelsströme im großen EU-Binnenmarkt, es gibt kein neues Wirtschaftswachstum in der Eurozone, ein gläubiger Euro bringt Vorteile im außereuropäischen Handel, wenn Geschäfte in Euro statt in Dollar abgerechnet werden. Anstatt alles für den Erhalt dieser Vorteile zu tun, gehen die Grexit-Befürworter große Risiken ein. Und das ohne Grund: Die Griechen haben in ihrem Referendum weder gegen den Euro, noch gegen Europa gestimmt. Sie haben sich zu Recht gegen die komplett gescheiterte EU-Spar- und Kürzungspolitik gewandt. Diese Politik hat nicht nur Griechenland in eine soziale und ökonomische Katastrophe gestürzt. Sie hat dazu geführt, dass die Wirtschaftsleistung der gesamten Eurozone seit Beginn der US-Finanzkrise um ein Prozent geschrumpft ist, während es in den USA im selben Zeitraum um 8 Prozent aufwärts ging. Bis zum Beginn der Spar- und Kürzungspolitik lief die Erholung noch parallel (s. Grafik). Die europäischen Gläubiger müssen sich schnell mit den Griechen einigen. Statt unsinniger Kürzungen braucht Griechenland Reformen, die wirklich Wachstum schaffen, Investitionen und eine tragfähige Verschuldung. Ein Grexit löst keine Probleme – wieder für Griechenland noch für die EU. Wir brauchen stattdessen einen neuen Kurs des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts für Gesamteuropa. Es geht auch um unsere Zukunft!

Eurozone: Kürzungspolitik würgt wirtschaftliche Erholung ab

Verantwortlich: Stefan Kroll, Hermsdorf-Platz 2, 10178 Berlin, kontakt: stefan.kroll@dgb.de
 Abonnemente für „klartext“ und „standpunkt“ unter: <http://www.dgb.de/service/abonnements>

klartext

DGB

Nr. 28/2015 17. Juli 2015
 DGB Bundesvorstand, Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Eurozone: Grexit verhindert, Kürzungskurs geht weiter

Europa steht nach Wochen der politischen Achterbahnfahrt vor einem Scheitern. Auch, wenn am Ende die Gläubiger und die griechische Regierung einen großen Plan für die nächsten drei Jahre unterschrieben haben. Langfristig ist kein Problem gelöst. Die harte und unnachgiebige Haltung der Gläubiger hat der europäischen Idee einen schweren Schlag versetzt. Wie schon bei früheren Verhandlungen wurde allenfalls Zeit gewonnen und kurzfristig Schlimmeres verhindert. Griechische Banken werden jetzt wieder Liquidität bekommen, die griechische Regierung Überbrückungsgelder und später wohl erneute Hilfskredite, um einen Zahlungsauftrag zu stoppen. Vor allem wurde ein unmittelbares Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone (Grexit) noch einmal abgewendet. Ein Grexit hätte eine deutlich schwächere, neue griechische Währung geschaffen, mit der Löhne, Renten und Sozialtransfers beglichen werden wären. Das hätte Massenunmut und die humanitäre Katastrophe von einem Tag auf den anderen deutlich vergrößert. Griechenland ist eine zu kleine Volkswirtschaft, um sich autark zu versorgen, Importe wären nach einem Grexit aber deutlich verteuert und erschwert worden. Auch die Eurozone hätte bei einem Grexit Aufschwungschancen zu verzeichnen gehabt. Es ist gut, dass es nicht soweit kam. Doch das Ergebnis kommt für die Griechen und für Europa zu einem hohen Preis – einem Preis, der sinnlos und vor allem einer falschen Ideologie geschuldet ist. Denn die Kreditgeber setzen jetzt nicht nur die griechische Demokratie außer Kraft – die Athener Regierung muss sich künftig jede Maßnahme, die sie ergreifen will, von nicht demokratisch legitimierten Troika aus Europäischer Zentralbank, IWF und EU-Kommission genehmigen lassen. Die Gläubiger haben zudem klargemacht, dass sie keine Alternative zum Katastrophalen

Europa steht nach Wochen der politischen Achterbahnfahrt vor einem Scheitern. Auch, wenn am Ende die Gläubiger und die griechische Regierung einen großen Plan für die nächsten drei Jahre unterschrieben haben. Langfristig ist kein Problem gelöst. Die harte und unnachgiebige Haltung der Gläubiger hat der europäischen Idee einen schweren Schlag versetzt. Wie schon bei früheren Verhandlungen wurde allenfalls Zeit gewonnen und kurzfristig Schlimmeres verhindert. Griechische Banken werden jetzt wieder Liquidität bekommen, die griechische Regierung Überbrückungsgelder und später wohl erneute Hilfskredite, um einen Zahlungsauftrag zu stoppen. Vor allem wurde ein unmittelbares Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone (Grexit) noch einmal abgewendet. Ein Grexit hätte eine deutlich schwächere, neue griechische Währung geschaffen, mit der Löhne, Renten und Sozialtransfers beglichen werden wären. Das hätte Massenunmut und die humanitäre Katastrophe von einem Tag auf den anderen deutlich vergrößert. Griechenland ist eine zu kleine Volkswirtschaft, um sich autark zu versorgen, Importe wären nach einem Grexit aber deutlich verteuert und erschwert worden. Auch die Eurozone hätte bei einem Grexit Aufschwungschancen zu verzeichnen gehabt. Es ist gut, dass es nicht soweit kam. Doch das Ergebnis kommt für die Griechen und für Europa zu einem hohen Preis – einem Preis, der sinnlos und vor allem einer falschen Ideologie geschuldet ist. Denn die Kreditgeber setzen jetzt nicht nur die griechische Demokratie außer Kraft – die Athener Regierung muss sich künftig jede Maßnahme, die sie ergreifen will, von nicht demokratisch legitimierten Troika aus Europäischer Zentralbank, IWF und EU-Kommission genehmigen lassen. Die Gläubiger haben zudem klargemacht, dass sie keine Alternative zum Katastrophalen

Insgesamt wird der verschärfte Kürzungskurs die griechische Wirtschaft weiter abwürgen. Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) haben gezeigt, dass die katastrophale wirtschaftliche Situation Griechenlands vor allem durch diese falschen Auflagen in den letzten Jahren zustande kam und es dem Land ohne Kürzungen deutlich besser ergangen wäre (siehe Grafik). Wenn die Wirtschaft weiterhin nicht auf die Beine kommt, ist aber nicht ausgeschlossen, dass Hellas schon bald wieder vor dem Grexit steht. Deshalb muss jetzt gegengesteuert werden: Die am Montag unterschriebene Vereinbarung sieht vor, den Griechen 35 Milliarden Euro an Strukturfondsmitteln zugänglich zu machen, die sie bislang nicht abrufen konnten, weil die teure Kofinanzierung nicht zu leisten war. Die Kofinanzierung muss jetzt vollständig ausgesetzt werden, die 35 Milliarden Euro müssen schnellstmöglich direkt in konjunkurstützende, sozial gerechte Maßnahmen und langfristig sinnvolle Investitionen fließen. So hätte sich die Wirtschaft in Griechenland entwickelt (Realles BIP, Index: 2007 = 100)

Verantwortlich: Stefan Kroll, Hermsdorf-Platz 2, 10178 Berlin, kontakt: stefan.kroll@dgb.de
 Abonnemente für „klartext“ und „standpunkt“ unter: <http://www.dgb.de/service/abonnements>

